



Bern, 7. Juli 2000

## **Wegweisung abgewiesener tamilischer Asyl Suchender nach Sri Lanka**

### ***Position der in der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) zusammengeschlossenen Hilfswerke***

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) greift angesichts der erneuten Verschärfung des Bürgerkriegs in Sri Lanka ihre früher geäusserte Besorgnis über die Wegweisung abgewiesener tamilischer Asyl Suchender nach Sri Lanka auf. Sie bekräftigt daher nachfolgend ihre Position vom Februar 1998. Die Aktualisierung beruht auf einem Gutachten zur Situation namentlich von tamilischen RückkehrerInnen in Colombo.

## **Position**

### **Vorläufige Aufnahme**

**Tamilischen Asyl Suchenden aus dem Norden und Osten Sri Lankas ist die vorläufige Aufnahme zu gewähren. Der Vollzug der Wegweisung ist nicht zumutbar.**

Der Süden Sri Lankas stellt keine zumutbare innerstaatliche Zufluchtsmöglichkeit für tamilische Personen dar, die nicht schon früher während längerer Zeit im Süden Sri Lankas wohnhaft waren.

## **Begründung**

### **Die Situation in Sri Lanka**

Der bewaffnete Konflikt in Sri Lanka hat sich in den letzten Monaten drastisch verschärft. Die LTTE haben bewiesen, dass sie nicht mehr auf die Guerillataktik angewiesen, sondern der srilankischen Armee in einem konventionellen Krieg an militärischer Schlagkraft zumindest zeitweise sogar überlegen sind. Kriegerische Handlungen im Norden und Osten des Landes haben ein bisher unbekanntes Ausmass angenommen. Gleichzeitig haben auch die Terroranschläge namentlich in Colombo wieder zugenommen. Im ganzen Land herrscht das Kriegsrecht.

Die erneut eskalierende Gewalt wird begleitet von einer Verschlechterung der Menschenrechtslage im gesamten Land. In den Städten des Südens wurden die Sicherheitsmassnahmen verstärkt; Tausende von TamillInnen wurden im Verlauf der letzten Monate einzig

aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit kurzzeitig verhaftet und laufen Gefahr, jederzeit wieder festgenommen zu werden.

Die Lage für die in Colombo lebende tamilische Minderheit wird immer unsicherer. Der singhalesisch-buddhistische Nationalismus gewinnt an Einfluss und spricht sich zusammen mit weiteren singhalesisch-nationalistischen Gruppierungen gegen jegliche Zugeständnisse an die tamilische Seite aus. Unter dem Motto "Stopp der tamilischen Expansion in Colombo" gehen sie auch gegen die in der Hauptstadt lebenden Angehörigen der tamilischen Minderheit vor. Vor allem die jüngsten Erfolge der LTTE haben die Befürchtung verstärkt, dass die von buddhistisch-singhalesischen Extremisten ausgeübte Gewalt weiter zunehmen wird und es wie im Juli 1983 zu Attacken auf die tamilische Bevölkerung der Stadt oder gar zu einem Pogrom kommen könnte.

Spezifische Schwierigkeiten ergeben sich für rückkehrende abgewiesene Asyl Suchende. Bei der Einreise laufen sie Gefahr, unter den verschärften Gesetzen verhaftet zu werden. Zudem sind sie der Korruption der Polizei ausgesetzt. In Colombo selbst haben namentlich TamillInnen, die nicht aus Colombo stammen, grösste Schwierigkeiten, sich dauerhaft niederzulassen, weil der Zugang zu den dafür erforderlichen Papieren erschwert bis verunmöglicht ist. Selbst wenn sie über die notwendigen Dokumente verfügen, riskieren sie, jederzeit verhaftet zu werden, da grundsätzlich alle TamillInnen aus dem Norden der Unterstützung der LTTE verdächtigt werden. Als Angehörige der tamilischen Minderheit haben sie weder einen gesicherten Zugang zu Unterkunft noch Existenzsicherung. Aus diesen Gründen droht ihnen faktisch die Abdrängung in Bürgerkriegsgebiete, wo sie konkret gefährdet sind.

Alleinstehende tamilische Frauen stossen in Colombo auf noch grössere Schwierigkeiten als die Männer. Sie sind den verschiedenen Formen der Ausbeutung und Diskriminierung sowie Gewalt wehrlos ausgesetzt.

Vor allem auch TamillInnen, die kein Singhalesisch sprechen, sind möglichen Übergriffen ausgesetzt. Auch Personen mit sichtbaren Narben, die auf Kriegsverletzungen hinweisen könnten, werden verdächtigt, als LTTE-Kämpfer am Krieg teilgenommen zu haben. Aufgrund des enormen Ausmasses an Traumatisierungen in der Bevölkerung herrscht zudem ein grosser Mangel an psychiatrischen respektive psychologischen Betreuungsmöglichkeiten. RückkehrerInnen, die darauf angewiesen sind, erhalten keine adäquate Betreuung.